

Andreas Boeckh (Tübingen)

Brasilien und die Bundesrepublik Deutschland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

1 Einleitende Bemerkungen

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat die Physiognomie des internationalen Systems gründlich verändert. Die alten Parameter und Regeln sind außer Kraft gesetzt, und die neuen Strukturen sind erst in Umrissen erkennbar. Zwar war die alte bipolare Ordnung schon in den sechziger und dann verstärkt in den siebziger Jahren durch einen gewissen Polyzentrismus abgelöst worden, einige Länder der Dritten Welt hatten auch schon vor dem Ende des Ost-West-Konflikts ein hohes Maß an Handlungsfreiheit bewiesen, und die blockfreien Staaten und die Länder der Dritten Welt insgesamt haben mit der Debatte um eine «Neue Weltwirtschaftsordnung» vor allem in den siebziger Jahren versucht, sich den Zwängen des Ost-West-Konflikts zu entziehen und ihre eigenen Themen auf die Agenda der internationalen Politik zu setzen. Dies war alles nicht ganz erfolglos, doch zeigte die erneute Zuspitzung der Konfrontation zwischen den Supermächten nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, daß die alten Konfliktmuster keineswegs von neuen ersetzt worden waren. Der Versuch der kubanischen Regierung, während ihres Vorsitzes in der Bewegung der blockfreien Staaten diese als den natürlichen Verbündeten der Sowjetunion zu präsentieren, und die Neigung der USA, den Zentralamerikakonflikt der achtziger Jahre allein im Kontext des Ost-West-Gegensatzes zu interpretieren, machten erneut deutlich, wie schwierig es war, sich den Zwängen der Blockkonfrontation zu entziehen.

Es liegt daher auf der Hand, daß das Ende des Ost-West-Konflikts zunächst und vor allem sowohl von den Mitgliedern der jeweiligen Blöcke wie auch von Staaten der Dritten Welt als Zugewinn an Handlungsfreiheit interpretiert worden ist. Dies galt insbesondere für die Bundesrepublik, die jetzt erst ihre volle Souveränität erlangte, und die als Frontstaat im Ost-West-

Konflikt und als geteiltes Land ganz besonderen Einschränkungen ihrer Handlungsspielräume unterworfen war. Aber auch ein Land wie Brasilien, das auch in der Vergangenheit als regionale Großmacht durchaus in der Lage gewesen war, sich auf relevanten Politikfeldern den Hegemonialansprüchen der USA zu entziehen, und das sich oft geweigert hatte, sich in die Blockkonfrontation einbinden zu lassen (Wesson 1981), sah und sieht im Ende des Ost-West-Konflikts die Chance für neue außenpolitische Optionen¹ und für eine Anpassung der aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammenden Strukturen des internationalen Systems an die neuen Kräftekonstellationen (Cardoso 1995).

Was sich im zwischenstaatlichen Verkehr als Souveränitätszuwachs darstellt, wird jedoch auf anderen Ebenen stark relativiert. Der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus hat den Gegenentwurf zum Markt eliminiert, und zuvor hatte schon die Schuldenkrise in vielen Teilen der Dritten Welt der Marktlogik auch dort zum Durchbruch verholfen. Beides hat die sich schon länger abzeichnenden Globalisierungstendenzen beschleunigt, welche die wirtschaftspolitische Autonomie von Staaten immer weiter einschränken. Der Markt wird in zunehmenden Maße zum dominanten Allokationsmechanismus sowohl innerhalb als auch zwischen den Staaten. Damit werden auch tendenziell all jene Steuerungsinstrumente entwertet, mit denen im nationalen und internationalen Rahmen Renten erzielt werden konnten,² und die internationale Konkurrenz um

¹ «In diesem Moment verfügt Brasilien wie vermutlich nie zuvor über die Fähigkeit, sich auf der internationalen Szene zu bewegen», so der brasilianische Außenminister, zitiert in *Isto é* (São Paulo) vom 18. Oktober 1995.

² Das ist allerdings weit weniger eine universelle Tendenz, als dies in der ganzen Globalisierungsdiskussion unterstellt wird. Es ist noch keineswegs ausgemacht, ob sich die Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf Markt- oder auf Rentierstrukturen hinbewegen, und auch in den Industrieländern sind durchaus rentenschaffende Mechanismen am Werk. Die Staaten im Vorderen Orient können nach wie vor nur als Rentierstaaten begriffen werden (Boeckh / Pawelka 1997).

Wohlfahrtsgewinne wird in wachsendem Maße auf die Gebiete der ordnungspolitischen Anpassung und der Industrie- und Technologiepolitik verlagert. Militärische Stärke verliert als Währung der Macht im internationalen Verkehr an Bedeutung. Mehr als zuvor wird der Status eines Landes durch seine Wirtschaftskraft und seine Fähigkeit bestimmt, sich schnell und flexibel auf neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen einstellen zu können.³ Das neue Zauberwort heißt «systemische Wettbewerbsfähigkeit» (Eßer / Hillebrand / Messner / Meyer-Stamer 1994), und es ist diese Fähigkeit der aktiven und flexiblen Anpassung, die den relativen Auf- und Abstieg von Staaten im Weltsystem bestimmt.

In der nachfolgenden Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik und Brasilien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wird es vor allem um die beiden eben skizzierten Prozesse einer politischen Neuordnung der internationalen Politik und um die Globalisierungstendenzen gehen.

2 Brasilien und die neue Weltordnung

2.1 Die Revision der Nachkriegsordnung

Während sich die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich einer Revision der internationalen Nachkriegsordnung aus begreiflichen Gründen sehr zurückgehalten hat, war Brasilien in dieser Hinsicht geringeren Einschränkungen unterworfen. Brasilien hat als das weitaus größte und wirtschaftlich zunächst potentiell und später auch tatsächlich stärkste Land in Lateinamerika lange Zeit in der Region Hegemonialansprüche durchzusetzen versucht (Castelo Branco 1983), dies nun allerdings nicht im Sinne einer militärischen Expansion oder militärischen Dominanz, sondern gewissermaßen kraft seiner

³ So sinngemäß auch der brasilianische Außenminister in seiner Rede bei der Eröffnung der 50. Generaldebatte der Vollversammlung im September 1995 (Internet: Außenministerium Brasiliens).

Größe und seines wirtschaftlichen Potentials. Spätestens gegen Ende des 20. Jahrhunderts erwartete man, sich neben den USA, der Sowjetunion, China und Indien als eine von fünf Großmächten etabliert zu haben (Grabendorff / Nitsch 1977: 156). Der künftige Großmachtstatus Brasiliens zieht sich wie ein Leitmotiv durch die programmatischen Äußerungen brasilianischer Politiker, wobei man sich in der Vergangenheit zuweilen mehr an den Möglichkeiten des Landes und nicht so sehr an deren Umsetzung orientierte.

Die Beziehungen zu den USA, aber auch zur übrigen Welt waren schon in der alten Republik bis 1930 eben von dem Bestreben diktiert, in diese als vorgegeben empfundene Rolle hineinzuwachsen. Die USA hatten jedoch nie ein Interesse daran, im Süden einer der dortigen Mittelmächte — sei es nun Argentinien oder Brasilien — durch besondere Beziehungen und eine enge Kooperation eine Vorzugsstellung einzuräumen und sich möglicherweise einen Konkurrenten heranzuziehen, und auf internationalen Konferenzen und in internationalen Gremien bekam Brasilien immer wieder seine Grenzen aufgezeigt. Der Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund machte dies besonders augenfällig, nachdem dem Deutschen Reich ein ständiger Sitz im Rat des Völkerbundes angeboten worden war, nicht aber zugleich Brasilien (Smith 1991). Die brasilianische Außenpolitik pendelte seit der alten Republik bis in die jüngste Zeit immer wieder zwischen einer engen und zeitweise fast bedingungslosen Anlehnung an die USA, wovon man sich Kooperationsgewinne versprach, und mit deren Hilfe man sich als regionale Vormacht zu etablieren hoffte, und einer bewußten und oft symbolisch stark aufgeladenen Abgrenzung von den USA, wenn die enge Kooperation nicht die gewünschten Resultate gebracht hatte. Das relative außenpolitische Gewicht, das man in Brasilien den Beziehungen zu anderen Mächten und Regionen beimaß, variierte stark mit dem Stand der Beziehungen zu den USA (Moniz Bandeira 1989; Brummel 1980; Schirm 1990, 1994a, 1994b).

Für Brasilien war die internationale Nachkriegsordnung und deren Einfrieren auf den Stand von 1945 immer ein außenpolitisches Ärgernis, das nur dann nicht offen artikuliert wurde, wenn der Systemkonflikt zwischen den Blöcken als Problem der nationalen Sicherheit wahrgenommen wurde und das Land in eine sog. «automatische Allianz» mit den USA brachte.⁴ Ansonsten wurde immer eine Revision dieser als ungerecht empfundenen, d. h. die tatsächlichen Kräfteverhältnisse und insbesondere die neue Rolle Brasiliens ignorierenden Nachkriegsordnung angemahnt. In der Festschreibung der Machtverhältnisse in der Nachkriegszeit sah man ein Monopolverhalten der Siegermächte zu Lasten der nachdrängenden Staaten wie Brasilien (Fishlow 1978/1979: 395), und 1976 warnte der damalige brasilianische Außenminister, daß Brasilien «als aufsteigende Macht mit einem weiten Spektrum von Interessen auf vielen Gebieten es nicht zulassen könne, daß seine Aktivitäten auf der Weltbühne durch rigide, in der Vergangenheit wurzelnde Verbindungen eingeschränkt würden» (Fishlow 1982: 908).⁵

Nirgendwo war die Nachkriegsordnung so sichtbar zementiert wie in der Struktur der Vereinten Nationen und insbesondere in der Zusammensetzung des Sicherheitsrates, und es überrascht daher nicht, daß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts immer wieder gerade hier nachdrücklich eine Revision gefordert wird.⁶ In seiner jetzigen Form ermangele es dem Sicherheitsrat

⁴ Diese «automatische Allianz» wurde vom Militärregime 1964 proklamiert, als man das Land von marxistischen Kräften bedroht sah. Sie wurde aber schon 1967 von einer polyzentristischen Politik abgelöst, als die Bedrohung durch den Ost-West-Konflikt nicht mehr als vordringliches Problem eingeschätzt wurde (Schirm 1994: 244-245).

⁵ Für weitere, ähnliche Zitate siehe Brandi Aleixo (1988/1989).

⁶ Siehe etwa die Rede des brasilianischen Außenministers bei der Eröffnung der 50. Generaldebatte der Vollversammlung im September 1995 (Internet: Außenministerium Brasiliens), siehe ferner den Beitrag von Fernando Henrique Cardoso in dem Organ der ADB (*Associação de Diplomatas*

an Repräsentativität, dieser «folge der Machtgeometrie von vor 50 Jahren»,⁷ und Brasilien wird gewissermaßen als «natürlicher Kandidat» für einen permanenten Sitz ins Spiel gebracht (Barbosa 1994: 105; ohne Autor 1996). In der Bundesrepublik, die inzwischen auch offen den Anspruch auf einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat anmeldet, sieht die brasilianische Regierung einen Verbündeten bei der anstehenden Revision der Strukturen der Vereinten Nationen. Bei dem Deutschlandbesuch des brasilianischen Präsidenten im September 1995 hat Bundeskanzler Kohl es wohlweislich vermieden, den Revisionsbedarf auf die beiden Verlierermächte des Zweiten Weltkriegs zu beschränken (*Gazeta Mercantil*, 20. September 1995). Es wird in der Tat für Brasilien darauf ankommen zu verhindern, daß lediglich Japan und die Bundesrepublik mit zusätzlichen permanenten Sitzen ausgestattet werden. Ob die Bemerkungen des Bundeskanzlers aber wirklich eine deutsche Unterstützung für den brasilianischen Anspruch beinhalten, wird sich noch zeigen müssen, zumal die brasilianische Vorstellung, Brasilien sei ein «natürlicher Kandidat» für einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat, auch in Lateinamerika nicht auf ungeteilten Beifall stößt.⁸

2.2 Brasilien und die Herausforderungen der Weltwirtschaft

Die Debatten um eine Neuaufteilung der ständigen Sitze im Sicherheitsrat beziehen sich vor allem auf das, was man symbolische Politik nennen könnte. Es geht darum, den Status eines Landes in der Weltpolitik sichtbar zu demonstrieren. Einige wesentliche Fragen fallen dabei unter den Tisch, näm-

Brasileiros) vom Juli 1994 (Internet: Außenministerium Brasiliens). Beide Äußerungen haben programmatischen Charakter.

⁷ Präsident Cardoso in einem Interview mit dem *Journal do Brasil* vom 17. September 1995.

⁸ Aus mexikanischer Perspektive kommentiert dies Seara Vásquez (1995).

lich wie eine repräsentative Struktur des Sicherheitsrates sich mit seiner Funktionsfähigkeit verträgt und welche Aufgaben dieses Organ künftig übernehmen soll. Die wirkliche Weichenstellung bezüglich der künftigen Stellung eines Landes in der Staatenhierarchie vollzieht sich aber woanders. Der brasilianischen Regierung ist dies durchaus bewußt, und zwar nicht erst seit dem Ende des Ost-West-Konflikts.

In dem Maße nun, in dem die Wirtschaftskraft eines Landes und insbesondere seine industrielle Kapazität als wichtiges Kriterium von Macht im internationalen System erkannt wurde — insbesondere die beiden Weltkriege haben diese Lektion gelehrt —, wuchs im Rahmen der brasilianischen Außenpolitik die Bedeutung der Außenwirtschaftspolitik und der Technologiepolitik. Kein anderes Land Lateinamerikas hat seine Außenpolitik so konsequent in den Dienst der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung gestellt wie gerade Brasilien. Dies äußert sich nicht nur in zahllosen Abkommen über technologische Zusammenarbeit, sondern auch in der relativen Nähe und Distanz Brasiliens zu den USA und anderen Akteuren der Weltpolitik (Moniz Bandeira 1994). Auch das Verhältnis zur Bundesrepublik und der Stellenwert, den man der Kooperation mit ihr beimaß, variierte stark mit dem Verhältnis zu den USA und den Erwartungen, die man an die USA richtete (Boeckh 1995).

Die Hoffnungen, die man in Brasilien bezüglich der Unterstützung für die brasilianischen Entwicklungsbemühungen durch die USA gehegt hat, sind nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder enttäuscht worden (Fendt 1985: 156; Fishlow 1982), und wenn der enge Schulterschuß mit den USA sich nicht auszahlte, setzte die brasilianische Regierung auf eine andere Karte. Was auf den ersten Blick als Sprunghaftigkeit und Unberechenbarkeit der brasilianischen Außenpolitik erscheinen mag, das heißt der oft kurzfristige Wechsel zwischen Anlehnung an und Distanzierung von den USA, der abrupte Übergang von einer Intensivierung von Kontakten mit Staaten des sozialistischen Lagers zum Abbruch der Beziehungen, von einer demon-

strativen Dritte-Welt-Orientierung zu einer selbsterklärten Zugehörigkeit zur Ersten Welt, lag durchaus in der Logik einer konsequenten Verfolgung von außenwirtschaftlichen Interessen und war Ausdruck einer Politik, welche die wirtschaftliche und technologische Entwicklung als zentrale Aufgabe der Außenpolitik begriff (Schirm 1994).

Die Verfolgung von wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zielen durch die Außenpolitik des Landes blieb allerdings ohne eine interne Entsprechung bei den notwendigen Modernisierungsreformen. Der stets angestrebte und von seinem Umfang wirklich beeindruckende Technologietransfer hat dem Land zwar einige hochmoderne Branchen beschert, blieb aber in seiner Wirkung beschränkt, da er nicht auf Strukturen traf, die eine breitenwirksame Nutzung hätten gewährleisten können. Weder war die Vernetzung von staatlicher Forschung und privaten Forschungs- und Entwicklungsbemühungen hinreichend entwickelt noch bot das brasilianische Bildungssystem die Voraussetzungen für eine solide Ausbildung für die Masse der Arbeitskräfte. Die extreme soziale Polarisierung gilt heute nicht mehr als günstige Bedingung für eine rasche Kapitalakkumulation, sondern als Belastung für die Modernisierungsfähigkeit eines Landes. In anderen Worten, die energische Verfolgung von entwicklungspolitischen Zielen durch die Außenpolitik war lange Zeit ein sektoral begrenzter Ansatz ohne Entsprechung zu einer kohärenten und im Lande selbst konsensfähigen Modernisierungsstrategie. Das Ergebnis war das, was Luis Bresser Pereira böse als *mature industrialized underdevelopment* bezeichnet hat (Bresser Pereira 1984: Kap. 10). Kaum ein anderes Land ist in Lateinamerika so konsequent hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben wie Brasilien. Die Neigung der brasilianischen Außenpolitik, sich in bestimmten Phasen den eigenen Statusanspruch an dem «Land der Zukunft» zu orientieren, d. h. an dem, was das Land sein wollte und auch hätte sein können, aber nicht an der weniger begeisternden Realität, hat daher auch immer wieder zu enttäuschten Erwartungen Anlaß gegeben.

2.3 Modernisierung und Außenpolitik in Brasilien heute

Die brasilianische Außenpolitik steht auch heute nach wie vor im Dienste der Entwicklungspolitik, und wer sich die Verlautbarungen der brasilianischen Diplomatie ansieht, wird unschwer den dort formulierten Zusammenhang zwischen Entwicklungserfolgen und der tatsächlichen bzw. angestrebten internationalen Rolle des Landes erkennen können. Das allein ist nicht neu. Neu ist hingegen, daß die Außenpolitik im Dienste der Entwicklung nun in ein kohärentes Modernisierungsprojekt eingebettet zu sein scheint und dabei von längerfristigen Perspektiven ausgeht. Sie ist nach zahlreichen Äußerungen von außenpolitischen Entscheidungsträgern eine Reaktion auf die eingangs erwähnten Globalisierungstendenzen, die man als Motor der eigenen Modernisierung nutzen möchte und auf die man angemessen reagieren muß, will man nicht einen Rückfall in die weltpolitische Zweitklassigkeit riskieren. Man kann in diesem Zusammenhang drei Aspekte hervorheben, die sich von den früheren Phasen unterscheiden:

Die brasilianische Außenpolitik betont sehr stark die Kooperationsbereitschaft bei der Errichtung auch von solchen internationalen Regimen, hinter denen man früher eine Monopolisierungstendenz der USA bei Spitzentechnologien vermutete. Der Verzicht auf eine militärische Nuklearoption durch die Übernahme der *full scope safeguards* im Rahmen des Tlatelolco-Vertrags, der Beitritt zum internationalen *Non-Proliferation-Regime*, eine stärkere umweltpolitische Kooperationsbereitschaft sowie die Zustimmung zum *Missil Technology Control Regime* belegen dies und machen deutlich, daß Brasilien beim Zugang zu Spitzentechnologien auf Kooperationsgewinne setzt. Im Unterschied zu früher geht das Land dabei langfristige Selbstbindungen ein.

Die Außenhandelspolitik des Landes ist sehr viel komplexer geworden. An die Stelle einer dominanten Orientierung in die eine oder andere Richtung ist eine vielschichtige Politik getreten, in der globale und regionale Elemente sich ergänzen, und

bei der eine eindeutige Festlegung explizit vermieden wird. Das Konzept der «offenen Integration», ein Begriff, der leicht als typischer «Genscherismus» mißdeutet werden kann, entspricht dabei sehr genau der Situation und dem Interesse des Landes, das ein *global trader* ist und sich als *global actor* versteht, das aber angesichts zahlreicher Regionalisierungstendenzen in anderen Regionen der Welt einen Rückhalt in der eigenen Region benötigt, um sich alle Optionen offen zu halten und um sich bei den Kontakten mit den anderen Freihandelszonen, insbesondere mit der NAFTA, ein entsprechendes Gewicht zu verschaffen.⁹ Der Vorschlag, eine *South American Free Trade Association* (SAFTA) zu gründen, verdeutlicht die Bemühungen um den Ausbau und die Ausdehnung der regionalen Vernetzung. Für den außenstehenden Beobachter ergeben sich in diesem Kontext allerdings zwei Fragen: Erstens haben die vielfältigen Freihandels- und Integrationsansätze in der Region einen solchen Komplexitätsgrad erreicht, daß deren Funktionsfähigkeit problematisch wird. Zweitens zeichnet sich ab, daß ohne die Einrichtung von gemeinsamen, supranationalen Institutionen und ein gewisses Maß an Souveränitätsübertragung an diese Institutionen die Integrationstiefe begrenzt bleiben und sich im wesentlichen auf Freihandelsarrangements beschränken wird. Der hohe Wert, den die staatliche Souveränität in Brasilien genießt, markiert die Grenzen der Integrationsansätze.

Die gegenwärtige Regierung scheint sich sehr darüber im klaren zu sein, daß sie sich nur dann erfolgreich den Globalisierungstendenzen stellen kann, wenn sowohl das politische System des Landes wie auch die brasilianische Gesellschaft selbst einen raschen Modernisierungsprozeß durchläuft. Das Vorhaben ist gewaltig. Es geht um Reformen der Verfassung, bei denen unter anderem und vor allem die äußerst resistenten Interessen der Bundesstaaten berührt werden, es geht um die Neutralisierung und Auflösung von formidablen Koalitionen von *rent seekers*, die sich vorwiegend an dem beträchtlichen Staats-

⁹ Siehe Fußnote 6.

sektor angelagert haben, und die durchaus noch über ein erhebliches politisches Gewicht verfügen, und es geht um das, was der Präsident als den unmittelbar bevorstehenden «Frontalangriff auf die immense soziale Ungleichheit in Brasilien» angekündigt hat (Cardoso 1994). Letzteres ist bislang noch weitgehend ein Programm geblieben und wird sich während der Amtszeit eines Präsidenten auch kaum realisieren lassen. Gleichwohl hängen die Erfolgsaussichten des Modernisierungsprojektes entscheidend davon ab, daß die bisherigen Reformblockaden auf diesem Gebiet überwunden werden und daß eine nachhaltige Trendwende zustande kommt.

3 Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen System: Was hat sich geändert?

3.1 Deutschland und die Revision der Nachkriegsordnung

Mehr als bei jedem anderen Staat in der westlichen Welt hat das Ende des Ost-West-Konflikts die Handlungsspielräume der Bundesrepublik vergrößert: Erst mit der Vereinigung hat die Bundesrepublik ihre volle völkerrechtliche Souveränität erlangt. Die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den westlichen Alliierten und vor allem von den USA reduzierte sich erheblich, und die Kosten für die — nie besonders ernst gemeinte — verbale Unterstützung der Bundesrepublik in ihrem Bestreben nach Wiedervereinigung durch die westliche Nachbarn entfielen. Nicht nur bei den Nachbarn Deutschlands wurde die Frage gestellt, ob sich der «ökonomische Riese und politische Zwerg» nun auch in einen politischen Riesen verwandele. Die nach dem Kriege entstandene Machtbalance in Westeuropa schien mit der Vereinigung Deutschlands empfindlich gestört, und es entstanden Befürchtungen, die Bundesrepublik könne versucht sein, nach dem Wegfall der disziplinierenden Bedrohung aus dem Osten ihre Westintegration zu lockern und erneut nationale Sonderwege einschlagen.

Diese Überlegungen fanden in der Bundesrepublik selbst ihre Entsprechung in einer Debatte über die neue Rolle in der internationalen Politik, in der es im Grunde um das Selbstverständnis des Landes nach der Vereinigung ging. Schon im Laufe der achtziger Jahre war die «Machtvergessenheit» der Bundesrepublik beklagt und eine «verantwortliche Machtpolitik» gefordert worden (Schwarz 1985), und diese Stimmen gewannen nun offenbar an Gewicht. Vom «kraftvollen Verhältnis zur politischen Macht» und von der «Fähigkeit zur Hilfe mit Augenmaß und auch zur kraftvollen Selbstbehauptung» war nun die Rede (Hacke 1992). Eine «Rückkehr zur Normalität»¹⁰ wird seitdem allenthalben konstatiert.

Die weltpolitischen Veränderungen nach 1989 waren völlig überraschend gekommen und haben in der Bundesrepublik sowohl bei den Parteien wie auch in dem außenpolitisch interessierten wissenschaftlichen Establishment für erhebliche Verwirrung gesorgt. Politisch hat sich die Frage der neuen deutschen Rolle in der internationalen Politik an den Militäreinsätzen der UNO und den *out-of-area-Einsätzen* der NATO entzündet. Die Neigung, sich dabei in eine juristische Interventionskasuistik zu flüchten, macht die Ratlosigkeit deutlich und kann als Versuch gedeutet werden, sich um grundsätzliche Entscheidungen herumzudrücken. Sie entspricht überdies einem deutschen Politikstil, der sich durch eine Verrechtlichung von politischen Grundsatzentscheidungen mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts und damit durch deren Entpolitisierung auszeichnet.

Die Debatte um die neue internationale Rolle der Bundesrepublik ist von einer Reihe von Mißverständnissen und Fehleinschätzungen geprägt. Zunächst hat sich die Prognose als falsch erwiesen, die Bundesrepublik würde durch die Vereinigung einen ökonomischen Bedeutungs- und politischen Machtzuwachs erfahren. Der Traum von einem zweiten deutschen Wirtschaftswunder war schnell ausgeträumt. Bei einigen ökonomischen

¹⁰ So etwa der Bundesaußenminister Kinkel in zahlreichen Äußerungen.

mischen Kennziffern steht das Land heute im internationalen Vergleich deutlich schlechter da als zuvor. Der politisch wahrscheinlich unvermeidliche, ökonomisch aber wahnwitzige Umtausch von DDR-Mark zu DM im Verhältnis von 1:1 und die Entscheidung, die Vereinigungskosten mit Krediten zu finanzieren, haben der Bundesrepublik erhebliche ökonomische Ungleichgewichte beschert und werden noch eine geraume Weile dafür sorgen, daß sich die Vereinigung weder in einem ökonomischen noch in einem politischen Machtzuwachs niederschlagen wird (Arnold 1991).

Wenn nun angesichts der neuen internationalen Konstellation angemahnt wird, die Bundesrepublik solle ihre «Machtvergessenheit» ablegen, äußert sich darin ein krasses Mißverständnis sowohl hinsichtlich der Strukturen des internationalen Systems wie auch der Rolle, welche die Bundesrepublik darin spielt und aus wohlverstandennem Eigeninteresse darin spielen sollte. Die graduelle Entwertung militärischer Ressourcen im internationalen System und die Prämierung von ökonomischer Kompetenz im Zuge der fortschreitenden Globalisierung kommt der Bundesrepublik als «Handelsstaat»¹¹ sehr entgegen. Eine Rückkehr zu traditionellen Mustern von Machtpolitik wäre für sie ausgesprochen kontraproduktiv, und dies nicht nur, weil dies auf militärische Ressourcen setzt, über welche die Bundesrepublik nach der Reduzierung ihrer Streitkräfte unter die Schwelle einer Offensivfähigkeit nicht mehr in ausreichendem Maße verfügt. Die extreme Exportabhängigkeit der deutschen Industrie und die hochgradige Integration der hiesigen Volkswirtschaft mit den OECD-Ländern erfordert eine Außenpolitik, welche ökonomische und politische Interdependenzen fördert und die Konflikte durch Integrationsangebote und nicht durch militärische Stärke beherrschbar zu machen versucht (Rittberger 1992; Senghaas 1993). Dies ist die deutsche «Normalität», um dieses abgegriffene Wort zu benutzen, dessen häufige Verwendung den

¹¹ Zu diesem Begriff Rosecrance (1987).

Verdacht nahelegt, daß man hinsichtlich des Standards von Normalität in Wirklichkeit stark verunsichert ist.

Die Bundesregierung scheint dies durchaus begriffen zu haben. Nach der Vereinigung hat sie den europäischen Integrationsprozeß zu forcieren versucht, nicht zuletzt, um aufkeimenden Befürchtungen über eine neue deutsche Sonderrolle von vornherein die Spitze zu nehmen. Daß eine sich weiter europäisierende Bundesrepublik damit auch Europa stärker prägt, ist unvermeidlich (Hamilton 1991), kann aber kaum als Hegemonialbestreben interpretiert werden (Rittberger 1992). Zugleich hat sich die Bundesrepublik ganz im Stile eines Handelsstaates weitaus stärker als jedes andere europäische Land in Osteuropa finanziell engagiert, um über eine wirtschaftliche Stabilisierung die politische Stabilität zu gewährleisten und damit Konflikte zu verhindern, die in ihren Auswirkungen (Flüchtlingsströme) Deutschland erheblich in Mitleidenschaft ziehen könnten. Militärisches Engagement in Krisenregionen wird nur in einem dezidiert multilateralen Rahmen akzeptiert.

Was die Strukturreform der UNO und insbesondere die Frage eines permanenten Sitzes im Sicherheitsrat betrifft, hat die Bundesregierung sich zunächst bedeckt gehalten. Die Idee, die Europäische Union solle einen gemeinsamen Sitz im Sicherheitsrat haben, war darauf angelegt, eine deutsche Beteiligung vor allem für Frankreich und England akzeptabel zu machen, deren permanenter Sitz durch eine deutsche Forderung nach einem solchen implizit in Frage gestellt worden wäre. Ein derartiges europäisches Profil des Sicherheitsrates wäre in anderen Regionen kaum auf Zustimmung gestoßen. Inzwischen ist die Bundesregierung von dieser Position abgerückt. Das macht die Bundesrepublik aber nicht automatisch zu Verbündeten anderer Länder wie Brasilien, die ebenfalls auf einem permanenten Sitz bestehen. Ganz abgesehen davon, daß die Forderung nach einem permanenten Sitz wichtigere Reformbemühungen bezüglich der Funktionen und Funktionsfähigkeit der UNO eher behindern als befördern, kann aus der gemeinsamen

Forderung nach einem permanenten Sitz sehr schnell eine Konkurrenzsituation entstehen.

3.2 Die Bundesrepublik: ein europäischer Akteur oder ein «global player»?

Diplomatisch hat sich die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg sehr schnell wieder weltweit engagiert, und auch ökonomisch ist es ihr gelungen, verlorenes Terrain wieder gut zu machen. Gerade Länder wie Brasilien, die sich der ökonomischen Hegemonie der USA zu entziehen versuchten, haben dies sehr rasch und mit großem Interesse bemerkt (Moniz Bandeira 1994).

Gleichwohl konzentriert sich der weitaus größte Teil des Außenhandels und der Direktinvestitionen auf die Länder der OECD und hier auf die europäischen Nachbarn. Da sich der größte Teil des Welthandels innerhalb der OECD abspielt, ist dies zunächst keine Besonderheit. Mit dem Fall der Handelsbarrieren nach Osten und angesichts der wilden, zum Teil auch gesteuerten Integration der östlichen Anrainerstaaten Polen, Ungarn und Tschechien ist aber ein Umlenkeffekt des deutschen ökonomischen Engagements nach Osten nicht nur wahrscheinlich, sondern auch schon sichtbar. Dieser betrifft aber am wenigsten die OECD-Länder, sondern viel eher die Länder der Dritten Welt und hierbei vor allem Lateinamerika, wohin bis Anfang der neunziger Jahre noch 70 % der deutschen Auslandsinvestitionen in Nicht-OECD-Ländern geflossen sind. Gewiß haben sich die Träume von den riesigen Märkten im Osten als übertrieben erwiesen, doch gibt es gute wirtschaftliche (billige und qualifizierte Arbeitskräfte) und politische Gründe (politische Stabilisierung durch wirtschaftliche Stabilisierung) für ein verstärktes deutsches Wirtschaftsengagement in den östlichen Nachbarländern. Der Außenhandel der BRD mit Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei wächst seit 1991 deutlich schneller als der mit Argentinien, Brasilien und Mexiko und

übertraf 1994 den letzteren um mehr als das Doppelte.¹² Bei den Privatisierungen in Lateinamerika ist deutsches Kapital kaum präsent, was Außenminister Kinkel mit schwäbischer Direktheit zu der Bemerkung veranlaßte: «Wer sich z. B. heute an einer dortigen Telephongesellschaft beteiligt, bestimmt morgen über ihre Technologie und Zulieferanten ...»¹³

Damit sollen den nach wie vor wichtigen Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik zu Lateinamerika und Brasilien in ihrer Bedeutung nicht herabgesetzt werden. Die technologische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Brasilien ist einzigartig und für Brasilien von großer Relevanz. Es zeichnet sich jedoch ab, daß die relativen Gewichte der außenwirtschaftlichen Orientierung sich verschieben. Neben Osteuropa als der unmittelbar benachbarten Region gewinnen vor allem Ost- und Südostasien an relativer Bedeutung, was absolute Zuwächse beim Außenhandel mit Lateinamerika nicht ausschließen muß, aber sicher in Grenzen halten wird.

Die Bundesrepublik verabschiedet sich gewiß nicht als *global player*. Die erste Auslandsreise des Bundeskanzlers nach der Vereinigung führte ihn demonstrativ nach Lateinamerika, wo er in allen Reden betonte, daß die Bundesrepublik nicht allein mit sich beschäftigt sei und weiterhin global präsent bleiben werde (Botet 1993). Man darf bei dieser Gelegenheit allerdings auch in Erinnerung rufen, daß derselbe Bundeskanzler immer wieder verspricht, die Bundesrepublik werde bei der Entwicklungshilfe die magische 0,7 %-Marke des Bruttosozialprodukts anstreben, obwohl sie sich von diesem Ziel ständig weiter entfernt. In anderen Worten: Zwischen den Ambitionen und Möglichkeiten der Bundesrepublik hat sich inzwischen eine beträchtliche Lücke aufgetan. In Zukunft wird eine stärkere europäische und auch osteuropäische Orientierung der Bundes-

¹² Berechnet nach dem *Statistischen Jahrbuch* der Bundesrepublik Deutschland von 1995.

¹³ Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes im Internet vom 12. November 1995.

republik unvermeidlich sein, da eine Stabilisierung Osteuropas für die Sicherheit der Bundesrepublik von überragender Bedeutung ist. Anders als Lateinamerika verfügt Osteuropa für Deutschland über ein beträchtliches Chaospotential.

3.3 Die Bundesrepublik und die Globalisierung

Hatten noch die Modernisierungsinvestitionen Europa Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre vor allem den deutschen Maschinenbau begünstigt und der deutschen Wirtschaft einen schönen Exportboom beschert, sind seitdem am «Modell Deutschland» doch einige Schönheitsfehler sichtbar geworden, die nicht nur an Schönheitsreparaturen, sondern eher an einen Umbau denken lassen. Das sog. «rheinische Modell» einer sozialen Marktwirtschaft, das gerade in Lateinamerika immer wieder als Alternative zu einem ungezügelten Neoliberalismus gepriesen wird, ist selbst in die Krise geraten und in seiner gegenwärtigen Form nicht überlebensfähig.

1. Es zeigt sich immer mehr, daß die Exportstärke der Bundesrepublik nicht auf einer technologischen Spitzenposition beruht, sondern auf der Produktion von soliden, wenn auch teuren Investitionsgütern. Es gibt inzwischen schon Äußerungen, denen zufolge die Innovationsträgheit des deutschen Managements insbesondere bei den großen Konzernen als Standortrisiko für die Bundesrepublik eingeschätzt wird.
2. Eine zunehmende Anzahl von Branchen in der BRD sind nur noch durch offene und versteckte Subventionen am Leben zu halten. Dies stellt eine erhebliche Belastung für die Volkswirtschaft insgesamt dar und schränkt deren Modernisierungsfähigkeit ein. Viele lateinamerikanischen Staaten haben für einen Protektionismus, bei dem es darum ging, nicht weltmarktfähige Branchen zu erhalten, einen hohen Preis bezahlt. Die Bundesrepublik ist dabei, diesen Fehler zu wiederholen.

3. Wenngleich es unsinnig ist, die Löhne und Gehälter in Billiglohnländern als Maßstab für die Bundesrepublik zu nehmen, geht doch von dem Lohnniveau vor allem in den östlichen Anrainerstaaten ein erheblicher Anpassungsdruck auf die Löhne und Lohnnebenkosten in der BRD aus.
4. Zwischen der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Funktionsfähigkeit des Systems der sozialen Sicherung besteht eine negative Rückkoppelung, da die Beiträge für die zentralen Elemente der sozialen Sicherung arbeitsmarktabhängig sind. Der anstehende Umbau der Sozialpolitik wird kostspielig, und er stellt jetzt schon eine Belastung der Konsensfähigkeit der beteiligten Akteure dar (Boeckh 1996).

In anderen Worten: Auch die Bundesrepublik unterliegt einem steigenden Anpassungs- und Modernisierungsdruck, welcher das Konfliktmanagement in diesem Land vor eine harte Probe stellt. In reinen Verteilungskonflikten hat sich dieses bisher sehr gut bewährt. Allerdings geht es nun um sehr viel mehr, nämlich um eine Strukturanpassung, deren Modalitäten und Effekte man hierzulande bisher vor allem in Lateinamerika studieren konnte.

Wenn in der Bundesrepublik Krisenphänomene das bisherige Konfliktmanagement zu überlasten drohen, nimmt man zuweilen Zuflucht zu korporatistischen Lösungsstrategien. Die erste Wirtschaftskrise nach dem Nachkriegsboom im Jahre 1966 hat die «konzertierte Aktion» hervorgebracht, und die jetzige Krise im Gesundheitssektor hat einen ähnlichen Versuch nach sich gezogen. Beide Male scheiterten die korporatistischen Ansätze. Sie scheinen in der Bundesrepublik nicht zu funktionieren. Damit stellt sich aber die Frage, ob die hier vorhandenen Konfliktbewältigungsmechanismen ausreichen, um den bisherigen Grundkonsens hinsichtlich des Wirtschaftsmodells zu bewahren, und um problemadäquate Lösungen hervorzubringen.

Die Reformfähigkeit der Bundesrepublik wird politisch geklärt. Hierin unterscheidet sich die Bundesrepublik nicht von Brasilien.

4 Fazit

Vergleicht man die Situation Brasiliens und der Bundesrepublik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, läßt sich folgendes festhalten: Für beide Länder bedeutet die neue Situation einen außenpolitischen Souveränitätsgewinn. Dies bewirkt aber weniger Veränderungen in der Außenpolitik beider Länder, als es zunächst den Anschein hat. Die Bundesrepublik verhält sich weiterhin als Handelsstaat und hat es bisher sorgfältig vermieden, den zahlreichen Ratschlägen bezüglich einer «verantwortungsvollen Machtpolitik» nachzukommen. Der erweiterte militärische Radius der Bundeswehr ist von UN- bzw. NATO-Planungen bestimmt.

Die brasilianische Regierung hat es bisher ebenfalls vermieden, die neuen Handlungsspielräume ausgreifend zu nutzen. Sie hat weder regional eine hegemoniale Politik versucht noch das Ende des Systemkonflikts zum Anlaß genommen, zu den USA auf Distanz zu gehen. Vielmehr setzt sie demonstrativ auf kooperatives Verhalten und auf eine Stärkung internationaler Regime in sicherheits- und technologierelevanten Bereichen. Die angestrebte Revision der Struktur der Vereinten Nationen wird, falls sie Erfolg haben sollte, nicht allein Brasilien zugute kommen, sondern auch anderen «emerging giants».

Die Souveränitätsgewinne sind auch aus anderen Gründen mehr scheinbar als real. Die zunehmende, weltweite Verflechtung von vielen Funktionsbereichen und die Globalisierung der Ökonomie, d. h. die Entstehung einer Weltwirtschaft, die nach ähnlichen Regeln funktioniert und sich durch ähnliche Akkumulations- und Distributionsmuster auszeichnet, verringert die Fähigkeit von Nationalstaaten, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik nach eigenen politischen Präferenzen zu gestalten. In diesem wesentlichen Politikbereich wird das Konzept der

Souveränität zunehmend irrelevant. Die Reform- und Adaptionenfähigkeit von Gesellschaften wird hingegen mehr und mehr zu einer wesentlichen Ressource bei der Definition ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung und damit auch ihres weltpolitischen Gewichts.

Beide Länder bringen gute Voraussetzungen mit, im weltweiten Konkurrenzkampf zu bestehen. Brasilien zeichnet sich durch eine für Lateinamerika einzigartige Industriestruktur und durch einen singulären Reichtum an natürlichen Ressourcen aus. Als einziges Land in Lateinamerika verfügt es über eine Technologiepolitik, die diesen Namen verdient. Es ist ein Staat mit modernen Industrien, aber wegen einer extremen sozialen Polarisierung und einer geringen sozialen Integrationsleistung kein moderner Industriestaat. In der Bundesrepublik sind die institutionellen und materiellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Krisenbewältigung ebenfalls nicht schlecht: Das Land verfügt neben modernen Industrien auch über eine sehr gut ausgebildete Arbeitsbevölkerung, ein leidlich funktionierendes Schulsystem und eine gut integrierte wissenschaftlich-technische Infrastruktur. Es steht aber ebenfalls unter einem enormen Anpassungs- und Reformdruck, dessen politische Bewältigung, wie auch in Brasilien, keineswegs gesichert ist.

Nach wie vor können Industriestaaten trotz aller Globalisierungstendenzen die Kosten der Anpassung viel länger strecken, als dies etwa in Lateinamerika der Fall war und ist, und sie können sie auch durch ihren weiterhin starken Einfluß auf die Definition und Anwendung internationaler Spielregeln teilweise externalisieren. Die Bundesregierung wäre nie auf den Gedanken gekommen, ganze Branchen anpassungsbedingt über die Klinge springen zu lassen. In Lateinamerika hatte man zum Teil keine andere Wahl. Gleichwohl sollte sich die Bundesrepublik nicht allzu sehr auf eine Art der Problembewältigung einlassen, bei der die Anpassungskosten auf andere abgewälzt werden. Man kann sonst nicht mehr ausschließen, daß sie ihr «verlorenes Jahrzehnt» noch vor sich hat.

5 Literatur

- Arnold, Eckart (1991): «German Foreign Policy and Unification», in: *International Affairs* 67/3 (Cambridge), S. 453-472.
- Barbosa, Rubens Antonio (1994): «O Brasil e suas opções internacionais: a articulação entre o universal e o regional», in: *Política Externa* 3/3, S. 103-116.
- Boeckh, Andreas (1995): «Die Zukunft der deutsch-brasilianischen Zusammenarbeit: einige Anmerkungen zur kulturellen und technologischen Kooperation», in: Sevilla, Rafael / Ribeiro, Darcy (Hrsg.): *Brasilien: Land der Zukunft?* Unkel; Bad Honnef: Horlemann, S. 93-116.
- Boeckh, Andreas (1996): «Das deutsche System der sozialen Sicherung: Modell für Lateinamerika?», Vortrag gehalten am 22. Februar 1996 in Veranópolis (Brasilien).
- Boeckh, Andreas / Pawelka, P. (1997) (Hrsg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Botet, V. (1993): «Die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen in den neunziger Jahren», in: *Außenpolitik* 44/1, S. 44-54.
- Brandi Aleixo, José Carlos (1988/89): «Fundamentos e linhas gerais da política externa do Brasil», in: *Revista Brasileira de Estudos Políticos* 66-67 (Belo Horizonte), S. 7-53.
- Bresser Pereira, Luiz Carlos (1984): *Development and Crisis in Brazil, 1930-1983*, Boulder: Westview Press.
- Brummel, Hans-Jürgen (1980): *Brasilien zwischen Abhängigkeit, Autonomie und Imperialismus: die Grundlinien der brasilianischen Außenpolitik (1964-1978) unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu Lateinamerika*, Frankfurt am Main: Haag & Herchen.
- Cardoso, Fernando Henriques (1994): Artikel in dem Organ der ADB (*Associação de Diplomatas Brasileiros*) vom Juli 1994 (Internet-Page des Außenministeriums Brasiliens).

- Cardoso, Fernando Henriques (1995): «The Post-Cold War Era: A View from the South», (hektographiertes Manuskript).
- Castelo Branco, Lúcio (1983): *Staat, Raum und Macht in Brasilien: Anmerkungen zu Genese und Struktur der brasilianischen Staats- und Großmachtideologie*, München: Fink.
- Eßer, Klaus / Hillebrand, Wolfgang / Messner, Dirk / Meyer-Stamer, Jörg (1994): *Systemische Wettbewerbsfähigkeit: internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Anforderungen an die Politik*, Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Fendt Jr., R. (1985): «Brasiliens Außenpolitik: bilaterale und multilaterale Aspekte», in: Grabendorff, Wolf / Roett, Roberto (Hrsg.): *Lateinamerika — Westeuropa — Vereinigte Staaten: ein atlantisches Dreieck?*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 153-164.
- Fishlow, Albert (1978/1979): «Flying Down to Rio: Perspectives on U.S.-Brazil Relations», in: *Foreign Affairs* 57/2, S. 387-405.
- Fishlow, Albert (1982): «The United States and Brazil: The Case of the Missing Relationship», in: *Foreign Affairs* 60/4, S. 904-923.
- Grabendorff, Wolf / Nitsch, Manfred (1977): *Brasilien: Entwicklungsmodell und Außenpolitik*, München: Fink.
- Hacke, Christian (1992): «Deutschland und die neue Weltordnung: zwischen innenpolitischer Überforderung und außenpolitischen Krisen», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46 (November), S. 3-16.
- Hamilton, Daniel (1991): «A More European Germany, a More German Europe», in: *Journal of International Affairs* 45/1, S. 127-149.
- Moniz Bandeira, Luis Alberto (1989): *Brasil - Estados Unidos: Rivalidade Emergente (1950-1988)*, Rio de Janeiro: Civilização Brasileira.

- Moniz Bandeira, Luis Alberto (1994): *O milagre alemão e o desenvolvimento do Brasil: as relações de Alemanha com o Brasil e a América Latina (1949-1994)*, São Paulo: Editora Ensaio.
- Ohne Autor (1996): *Reform and Expansion of the UN Security Council* (Internet-Page des brasilianischen Außenministeriums).
- Rittberger, Volker (1992): «Nach der Vereinigung: Deutschlands Stellung in der Welt», in: *Leviathan* 20/2, S. 207-229.
- Rosecrance, Richard (1987): *Der neue Handelsstaat: Herausforderungen für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt am Main; New York: Campus.
- Schirm, Stefan A. (1990): *Brasilien: Regionalmacht zwischen Autonomie und Dependenz: Außenpolitik, Wirtschaft und Sicherheit im internationalen und lateinamerikanischen Kontext (1979-1988)*, Hamburg.
- Schirm, Stefan A. (1994a): «Außenpolitik», in: Briesemeister, Dietrich / Kohlhepp, Gerd / Mertin, Ray-Güde / Sangmeister, Hartmut / Schrader, Achim (Hrsg.): *Brasilien heute: Politik — Wirtschaft — Kultur*, Frankfurt am Main: Vervuert (Bibliotheca Ibero-Americana; 53), S. 243-254.
- Schirm, S. A. (1994b): *Macht und Wandel: die Beziehungen der USA zu Mexiko und Brasilien*, Opladen: Leske und Budrich.
- Schwarz, Hans-Peter (1985): *Die gezähmten Deutschen: von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Seara Vásquez, Modesto (1995): «The UN Security Council at Fifty: Midlife Crisis or Terminal Illness?», in: *Good Governance* 1, S. 285-269.
- Senghaas, Dieter (1993): «Was sind der Deutschen Interessen?», in: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* 38/6, S. 673-687.
- Smith, Joseph (1991): *Unequal Giants: Diplomatic Relations Between the United States and Brazil, 1898-1930*, Pittsburgh (PA): University of Pittsburgh Press.

Wesson, Robert G. (1981): *The United States and Brazil: Limits of Influence*, New York: Praeger Publishers.